

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

10.12.2013 Drucksache 17/276

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harry Scheuenstuhl, Natascha Kohnen, Klaus Adelt, Florian von Brunn, Herbert Woerlein, Annette Karl, Bernhard Roos, Andreas Lotte, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)

## Windkraft entfesseln

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatregierung wird aufgefordert, die Regierung von Mittelfranken anzuweisen, den Regionalplan 7 sofort zu unterschreiben und damit den Regionalplan verbindlich zu erklären und zu veröffentlichen.

## Begründung:

Die Regierung von Mittelfranken drängte in den letzten Jahren die Gemeinden und Städte in Mittelfranken auf ihrem gesamten Gemeindegebiet nach geeigneten Standorten für Windkraftanlagen zu suchen. Hintergrund war der Beschleunigungserlass von dem damaligen Umweltminister Dr. Söder aus dem Jahr 2011. In Bayern sollten mittelfristig 1.400 neue Anlagen entstehen. Die Kommunen wurden aufgefordert für jeden Quadratmeter eine Begründung abzugeben, warum eine Fläche nicht geeignet ist. Es wurde in den Raum gestellt, dass das Ausschlusskriterium entfallen könnte, wenn nicht genügend Windflächen genannt werden.

Gemeinden und Städte haben viel Arbeit und Geld aufgewendet und zum Teil auch externe Gutachter beauftragt. In einem intensiven Abstimmungsprozess einigten sich die Gemeinden im westlichen Teil des Landkreises Fürth, die angrenzenden Gemeinden im Landkreis Neustadt an der Aisch – Bad Windsheim und die betreffenden Sachbearbeiter bei der Regierung von Mittelfranken auf ein Konzept, das in den Regionalplan eingearbeitet wurde. Die Investoren sind Familien aus den genannten und den umliegenden Gemeinden. Widerstände aus der Bevölkerung gibt es nicht. Es besteht nun die Gefahr, dass diese Familien viel Geld verlieren, weil sie mithelfen wollten, die vom Freistaat Bayern gesteckten Ziele umzusetzen.

Die Regierung von Mittelferanken weigert sich nun den Regionalplan zu unterzeichnen. Die Staatregierung wird deshalb aufgefordert, die Regierung von Mittelfranken anzuweisen, den Regionalplan 7 sofort zu unterschreiben und somit den Menschen und den Politikern vor Ort das Vertrauen auszusprechen.